

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 79

JUNI 2011



Liebe Leserin, lieber Leser,

Fast genau vor 5 Jahren sprach der Europäische Gerichtshof die Bundesregierung schuldig. Sowohl die rot-grüne als auch die schwarz-rote Regierung hatten die Umsetzung der Europäischen Richtlinie gegen Diskriminierung in Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen aus dem Jahr 2000 verschleppt und verzögert. Angeblich für eine hohe gesetzgeberische Qualität sollten alle Richtlinien der EU gegen Diskriminierung in EINEM Gesetz gebündelt werden. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, wegen mangelnder Qualität oft kritisiert, wurde im August 2006 endlich verabschiedet.

„Bummelstreik“ scheint bis heute ein beliebtes Mittel bundesdeutscher Ministerialpolitik. Es ist dasselbe Muster: auch ein Nationaler Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wurde als Entwurf erst verspätet vorgelegt: um die Qualität zu erhöhen. Was auf dem Tisch liegt, stieß jedoch auf die einhellige Ablehnung aller Behindertenverbände. Deshalb war die Demonstration „Rettungsschirme für Alle!“ von mehr als 1000 behinderten und nichtbehinderten Menschen in Berlin ein wichtiges Signal.

Danke an alle, die meiner Geburtstagsbitte folgten und für diese Demonstration spendeten: 2.310 Euro kamen zusammen!

Euer/Ihr

Ein Aktionsplan ohne Aktion

Seit März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland. Veränderungen gab es seitdem für die Betroffenen meist nur als Verschlechterung (z.B. „Kindergeldabzweigung“ oder „Regelbedarfsstufe 3“).

Endlich legte die Bundesregierung einen über 150 Seiten starken Referentenentwurf für einen Nationalen Aktionsplan (NAP) vor und bat die Behindertenverbände um ihre Meinung, bevor sie am 15. Juni darüber beschließen will. Deren Ablehnung war erstaunlich einhellig. Wie der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland „Für Selbstbestimmung und Würde“ e.V. (ABiD) protestierten viele. (siehe www.abid-ev.de).

Die Bundesregierung beruft sich auf Erreichtes und erklärt zugleich, keine Kenntnis über die wirkliche Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und nur unzureichende Daten und Statistiken zu haben. Deshalb spricht der Aktionsplan erstens viel von Studien und Prüfaufträgen aller Art. Zweitens ist von diversen „Modellvorhaben“ und drittens von Maßnahmen die Rede, die auch ohne UN-Konvention zum Teil schon stattfinden.

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, bestehende Bundesgesetze und Verordnungen systematisch anhand Konventionsverpflichtungen zu überprüfen oder zu ändern. Unumgänglich sind auch – so der ABiD - finanzielle Mittel, "zusätzlich bereitgestellt und gesondert im Bundeshaushalt geplant". Dies war in den Bundeshaushalten 2009 – 2011 (wegen des fehlenden Aktionsplanes!) nicht geschehen. Der jetzige Referentenentwurf lässt befürchten, dass die Bundesregierung auch 2012 keine nennenswerten Mittel für die Umsetzung der Konvention einstellen möchte.

Generell meint der ABiD, dass ein Umsetzungsplan für das ganze Land und die gesamte Gesellschaft von Nöten ist. Die Aufzählung von Aktivitäten einzelner Bundesministerien und Ressorts bleibe hinter den Erfordernissen weit zurück. Dem Entwurf fehlten ein gesellschaftskonzeptionelles Leitbild, ein Geist des Aufbruchs sowie politischer Wille und Mut zu Veränderungen.

André Nowak

TERMINE MIT ILJA SEIFERT

08. 06. 14.00 Uhr

**Öffentliche
Anhörung**

„Freizeitparks“
des Tourismusausschusses
Anmeldung

tourismusausschuss@bundestag.de

10.06.17:00 Uhr

**Schülergruppe
Gymnasium
Zittau im
Bundestag**

18.06.

10.30 - 16.00 Uhr

Bundesarbeitsgemeinschaft
„Selbstbestimmte
Behindertenpolitik“
DIE LINKE, Berlin
Karl-Liebknecht-
Haus

19.06. 10.00 Uhr

Gedenkveranstaltung
DIE LINKE zum
70. Jahrestag des
Faschistischen
Überfalls auf die
Sowjetunion in der
Volksbühne Berlin

23. bis 25.06.

Wahlkreisgespräche und politische
Veranstaltungen in
der Sächsischen
Schweiz

Zahlen sind keine objektiven Fakten!

Madame Statistika bedient noch jeden Politiker. So dient auch die Arbeitsagentur. Erneut wurde die Berechnungsrundlage der Arbeitslosenerfassung geändert. Für den „mündigen Bürger“ geht langsam jede Vergleichbarkeit verloren. Um so gewichtiger, wenn Fachleute offen sagen: „Es wird einfach wegdefiniert, dieser hohe Berg von Arbeitslosen“. So der Professor für Statistik Gerd Bosbach im Deutschlandradio. Was soll man also von der Aussage halten, dass die Zahl schwerbehinderter arbeitsloser Menschen im Mai gegenüber April 2011 um 3.097 Menschen gesunken sei? Wenn man doch weiß, dass ältere Arbeitnehmer über 58 Jahre gar nicht mehr gezählt werden, wie auch Betroffene in Weiterbildungsmaßnahmen oder Kranke. Im Vergleich zum Mai 2010 stieg die Zahl nämlich um 3,5%.

Dazu die Bundesregierung im Entwurf des Nationalen Aktionsplanes: „Damit ist ein großer Teil der Menschen mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter nicht erwerbstätig. Hierbei dürfte es sich zum größten Teil um Menschen handeln, die nicht am Erwerbsleben teilhaben wollen (!) oder nicht erwerbsfähig (d.h. voll erwerbsgemindert) sind“. (Referentenentwurf S.18) SoKe

Europäische Barrierefreiheit per Gesetz?



Zur 15. Jährlichen Generalversammlung traf sich am 28. und 29. Mai das Europäische Behindertenforum (EDF) in Budapest. Bewegungsfreiheit für alle behinderten Menschen in Europa und die alarmierenden Krisenfolgen beschäftigten die 200 Teilnehmer. Umfassende Barrierefreiheit will die EU-Kommission 2012 in einem europäischen Gesetz regeln. Die Behindertenbewegung fordert eine Richtlinie als Gesetz und will in

die Erarbeitung einbezogen werden. Sie schlägt eine europäische Mobilitätskarte vor, die dem Inhaber in allen EU-Ländern den gleichen Status und gleichwertige Leistungen garantiert. Dazu konstatiert Rodolfo Cattani, EDF-Vorstandsmitglied, die Bedürfnisse für Barrierefreiheit seien zwar „nicht universal. Aber Rechte sind universal. Niemand kann sich an Menschenrechten erfreuen, wenn man keinen Zugang hat.“

weitere Informationen (engl.) unter: www.edf-feph.org

SoKe

Wieviel Sozialpolitik wollen wir uns leisten?

Eine Diskussionsrunde zu diesem Thema, wie am 19. Mai in Görlitz, hat es in sich. Im Rahmen der Sozialtour der Landesgruppe Sachsen sollte an diesem Abend ausgelotet werden, welche sozialen Ansprüche Kommunalpolitik erfüllen muß. Wie dabei Bundes- und Landespolitik auf die Akteure einwirken und politisch Machbares von Selbstverständlichem und Nötigen abweichen kann und warum - an diesen heißen Fragen scheiden sich die Geister.

So wurden auch ganz unterschiedliche Erwartungen an die Diskussion gestellt. Während die einen von Politik erwarten, auch auf kommunaler Ebene das bedingungslose Grundeinkommen zu befördern, und damit die Ursachen sozialer Ungerechtigkeiten anfassen wollen, hatten andere Teilnehmer persönliche und konkrete Erwartungen, wie die Arbeit der ARGE, ihre Situation als Hartz IV-Empfänger oder die Angebote der Stadt verbessert werden können.

Nicht nur fehlende finanzielle Mittel oder falsche Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, verursachen Verwerfungen. Auch bürokratische Entscheidungsprozesse, fehlendes Einfühlungsvermögen oder einfach mangelnde Bereitschaft, neue Wege zu gehen, wirken so. Darin waren sich die meisten Teilnehmer einig. Solche Veranstaltungen können nur ein Anfang für eine breite Diskussion auf allen Ebenen sein. Auch auf kommunaler Ebene muß umgedacht werden, wie Veränderungen auf Landes- und Bundesebene nötig sind. So zeigte dieser Abend, vor welcher Herausforderung Politik insgesamt steht.

Mirko Schultze

In Kürze

Landesarbeitsgemeinschaft Berlin

Eine LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ will der Berliner Landesverband DIE LINKE gründen.

„Behindertenpolitik ist keine Klientel- oder Fachpolitik, sondern Querschnittsaufgabe“ heißt es in dem Aufruf. Deshalb sind Menschen mit und ohne Behinderungen am

**Dienstag, 21. 06. 2011
um 18. 00 Uhr**

in das Karl-Liebknecht-Haus
großer Konferenzraum,
Kleine Alexanderstr.
28. eingeladen.

*

Politische Erklärung

Die Behindertenbeauftragten des Bundes und der Länder verabschiedeten am 01. Juni die **Dresdner Erklärung** zur Verbindlichkeit der Barrierefreiheit in bauordnungsrechtlichen Vorschriften. mehr:

www.kobinetnachrichten.org

*



aktiv für Ökostrom

Der Kreisparteiag Görlitz beschloss am 28. Mai eine Initiative zur Umstellung der Gemeinden im Landkreis Görlitz auf Ökostrom. Entsprechende Anträge sollen in die Kommunalparlamente. Beispielgebend will die LINKE ihre Geschäftsstellen auf Ökostrom umstellen.

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 22772176

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Schulstr. 8

02826 Görlitz

Tel.: 03581 661050

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionschluss: 03.06. 2011

Redaktion: S. Kemnitz